

Landwirte suchen Schutz vor Naturschutzplänen

Umweltminister besucht Landvolkverband

Rosdorf (ft). Fünf Jahre in Hannover benötigt Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) noch, um Auswüchse der Ministerialbürokratie und Aktivitäten von Umwelt- und Wasserbehörden „ins rechte Gleis zu lenken“. Die Landwirte des Göttinger Landvolkverbandes waren mit dieser Prognose des FDP-Politikers gestern im Rosdorfer Grünen Zentrum ganz einverstanden. Mit dem sogenannten Höflichkeitserlass zu Beginn seiner Ministeritätigkeit – Behördenvertreter müssen sich vor Außenterminen auch in der Feldmark bei Grundeigentümern anmelden – hatte Sander bei Landwirten Punkte gemacht. Auch in Zukunft werde insbesondere bei der Ausweisung von Naturschutzgebieten nur mit Zustimmung der Betroffenen vorgegangen, versichert der Minister. Dies werde auch bei den noch umstrittenen Plänen für die Bachtäler im Kaufunger Wald so gehandhabt. Vertragsnaturschutz sei das

mildeste Mittel. Dies reiche, um die europäischen Vogelschutz- und Artenschutzgebiete zu sichern. Mit Blick auf einen Vorstoß der schwarz-grünen Kreistagsmehrheit warnte Landvolkvorsitzender Hubert Kellner davor, alle diese Gebiete unter Naturschutz zu stellen. Er glaube, das könne gemeinsam vernünftig geregelt werden, versichert Sander. „Meine schwarzen Freunde haben wohl gedacht, dies können wir ruhig unterschreiben, der Sander in

Hannover kassiert das sowie so.“ Obwohl die Landkreise jetzt für die Ausweisung neuer Naturschutzgebiete zuständig sind, verweist Sander darauf, dass die Fachaufsicht noch in Hannover liege. „Notfalls ziehen wir die Sache wieder an uns.“ Fest steht für ihn: „Wir lassen uns von einer Unteren Naturschutzbehörde nicht vorschreiben, was wir zu machen haben.“ Pflegepläne werde das Land nicht ohne weiteres bezahlen. Sander: „Der Finanzminister



Minister-Besuch im Grünen Zentrum in Rosdorf: Landvolk-Geschäftsführer Achim Hübner, FDP-Kreisvorsitzende Christiane Brunk, Hans-Heinrich Sander, Landtagskandidatin Petra Strüber und Landvolkvorsitzender Hubert Kellner (v.l.).

hustet allen was.“ Sorge bezieht für Ausgleich von Eingriffen durch Geldzahlungen, dass durch Ausgleichmaßnahmen immer mehr Ackernutzflächen verloren gehen, möglicherweise auch durch Landkäufe für das Schutzgebiet Grünes Band entlang der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze. Sander plant

tionsverhandlungen kämpfen, versichert Sander.

Unterstützung erhofft sich FDP-Landtagskandidatin Petra Strüber auch beim Hochwasserschutz durch klare Vorgaben über die Pflichten der Unterhaltungsverbände. „Meine Bitte, klären Sie die Verantwortlichkeiten.“